

Simulation Europäisches Parlament 2004



Tagungsorte:

Deutscher Bundestag am 31.10.2004
Abgeordnetenhaus von Berlin am 01.11.2004

Beschluss

Die Abgeordneten des SIMEP 2004 haben mehrheitlich umseitige Resolution
am 1. November 2004 verabschiedet.

Junge Europäische Bewegung Berlin Brandenburg e.V.
c/o Europa-Union Berlin e.V., Bundesallee 22, 10717 Berlin
Tel: 030 - 42 08 40 32 Fax: 030 - 88 41 22 40
www.jeb-bb.de
jeb@jef.de

Die Abgeordneten der Simulation des Europäischen Parlaments (SIMEP) 2004 beschließen folgende Resolution zur Verbesserung der aktuellen Gesetzgebung der Europäischen Union in den Bereichen Arbeitsmarktpolitik, Strukturpolitik sowie Asyl- und Migrationspolitik. Grundlagen sind der Vertrag von Nizza sowie die im Entwurf für eine Verfassung für Europa enthaltenen Regelungen.

I. Arbeitsmarktpolitik

1. Das ökonomische Ordnungssystem der EU basiert auf dem Modell der freien Marktwirtschaft, deren Merkmale der Sozialschutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie eine nachhaltige Arbeitsmarktpolitik unter Anwendung des Subsidiaritätsprinzips sind.
2. Vollbeschäftigung kann in der EU nur erreicht werden, wenn die Gesetzgebung im Rahmen der Beschäftigungspolitik im Kompetenzbereich der Mitgliedstaaten verbleibt.

II. Strukturpolitik

3. Die EU unterstützt aktiv den Abbau sozialer und wirtschaftlicher Disparitäten zwischen den Regionen der EU. Hierzu fordert das SIMEP eine Erhöhung der finanziellen Mittel im Bereich Strukturfonds auf 40 Milliarden Euro, die durch die Umschichtung der finanziellen Mittel innerhalb der anderen Fonds sowie durch eine Erhöhung der Nettozahlerbeiträge erreicht werden soll. Weiterhin fordert das SIMEP eine gestaffelte, kommunale Eigenbeteiligung in der Strukturförderung.
4. Mittelfristig empfiehlt das SIMEP, die wirtschaftliche und soziale Angleichung der Regionen unter gleichzeitiger Berücksichtigung der kulturellen Unterschiede zu fördern.

III. Asyl- und Migrationspolitik

5. Die EU strebt einen "Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts" an, in dem eine Harmonisierung der Kriterien für Asyl und Zuwanderung Priorität genießt sowie in dem die Zusammenarbeit im Kampf gegen Terrorismus und illegale Einwanderung auf supranationaler Ebene besser abgestimmt wird. Des Weiteren fordert das SIMEP die Einrichtung eines Flüchtlingsfonds zur Finanzierung der Integration von Flüchtlingen und Migranten.
6. Wir fordern, dass Migranten und Asylbewerber nicht von vornherein unter Terrorismusverdacht gestellt werden dürfen. Der Kampf gegen Terrorismus bleibt aber weiterhin europäische Aufgabe.
7. Die EU entwickelt eine Asyl- und Einwanderungspolitik, die im Sinne eines Raums der Sicherheit die Außengrenzen sichert und die Fluktuation von Migranten innerhalb der EU kontrolliert.